

NACHRICHTEN

Was wäre, wenn ...?

Was ändert sich, wenn Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten? Ein Experiment soll es messen

VON JONAS HUGGINS

S elten ist es so beliebt gewesen, sich als Versuchskaninchen zu melden: Eine Million Bewerbungen nach nur drei Tagen verzeichneten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Pilotprojekts Grundeinkommen. Mindestens 120 Menschen werden 1200 Euro im Monat erhalten, drei Jahre lang, einfach so. Sie müssen dafür nichts weiter tun, als alle sechs Monate einen Fragebogen auszufüllen.

Das Geld fließt ohne Gegenleistung, hat aber einen Zweck: Die Studie soll belastbare Antworten auf Fragen liefern, um die in der Debatte zum bedingungslosen Grundeinkommen schon seit Jahren gestritten wird. Was macht es mit Menschen, wenn ihnen die Mittel zum Leben einfach geschenkt werden? Wirkt es befreiend, oder macht es sie träge? Gehen sie arbeiten oder genießen sie die freie Zeit?

„Die meisten Argumente und Modellrechnungen basieren auf Klischees. Wir wollen sie auf den Prüfstand stellen“, sagt Jürgen Schupp. Der Soziologieprofessor an der Freien Universität ist einer der wissenschaftlichen Leiter der neuen Feldstudie. Über das Grundeinkommen, sagt er, wird in der Forschung schon lange diskutiert, in den 1970er-Jahren kam die Idee eines universellen Bürgergeldes auf. Als Wählerinnen und Wähler in der Schweiz im Sommer 2016 bedingungslos 2500 Schweizer Franken mit großer Mehrheit ablehnten, war das für die Verfechter des Grundeinkommens kein Rückschlag. Seither wächst das Interesse stetig, in der Forschung besonders unter jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sagt Jürgen Schupp. In Deutschland sind Befürworter und Skeptiker Umfragen zufolge in zwei etwa gleich große Lager gespalten.

In der Wirtschaftswissenschaft überwiegt weiterhin die Skepsis. Vielen gilt ein Grundeinkommen als schlicht unfinanzierbar. Sollen alle Deutschen monatlich 1200 Euro erhalten, kostet das mehr als eine Billion Euro im Jahr – ein gutes Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts und deutlich mehr, als Bund, Länder und Kommunen insgesamt an Steuern einnehmen. Das heißt nicht, dass eine Finanzierung unmöglich wäre. Den Kosten stünden auch mögliche Ersparnisse gegenüber, beispielsweise beim Steuerfreibetrag und bei zahlreichen derzeit gewährten Transferzahlungen. Unterstützer des Grundeinkommens haben rund 20 unterschiedliche Modelle vorgelegt, die von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer bis zu einer Vermögenssteuer reichen. Es ist eine Menge Geld – „aber wenn eine Gesellschaft das Grundeinkommen finanzieren will, dann wird sie

einen Weg finden“, sagt Jürgen Schupp. Kein Finanzierungsmodell kann jedoch aufgehen, wenn viele Menschen aufhören zu arbeiten, wie die Skeptiker fürchten. Gleichzeitig ist das Grundeinkommen die hohen Kosten wohl kaum wert, wenn die Vorteile nicht eintreten, die sich Befürworter davon versprechen. Bislang fehlt der Debatte eine gesicherte empirische Grundlage. Es gibt zwar bereits Forschung zum Grundeinkommen: zum Beispiel zu der Öldividende, die alle Bewohner Alaskas als jährliche Einmalzahlung erhalten, oder eine kürzlich abgeschlossene Studie mit Erwerbslosen in Finnland. „Wir fangen nicht bei null an“, sagt Jürgen Schupp.

Das Pilotprojekt Grundeinkommen ist aber die erste Studie, die die Effekte eines existenzsichernden Grundeinkommens auf Menschen im erwerbsfähigen Alter systematisch erfassen soll. Dazu wird der nun schon millionenstarke Pool der Bewerberinnen und Bewerber auf einen verallgemeinerbaren Ausschnitt der deutschen Gesellschaft verkleinert werden; das Los wählt daraus die gut 120 Rezipienten des Grundeinkommens aus. Hinzu kommen 1380 weitere Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer, die der Versuchsgruppe möglichst ähnlich sind. Diese „statistischen Zwillinge“ füllen für die Dauer von drei Jahren dieselben Fra-

gebögen aus, erhalten dafür aber nur eine Aufwandsentschädigung. Es ist fast wie ein Experiment im Labor: So lässt sich nicht nur messen, was sich verändert, sondern auch, ob das Grundeinkommen wirklich den Unterschied macht. „Wir machen Grundlagenforschung mit den besten Methoden, die der empirischen Sozialwissenschaft zur Verfügung stehen“, sagt Jürgen Schupp.

Der Betrag für das Projekt stammt aus 150 000 Einzelspenden

Eine Besonderheit des Pilotprojekts ist die Finanzierung. Statt aus Steuergeldern stammt das im Experiment ausgezahlte Geld – immerhin 1,7 Millionen Euro pro Jahr – von knapp 150 000 Einzelspenden an den Verein Mein Grundeinkommen, der sich für die Idee einsetzt und die Studie initiiert hat. Es ist damit eine ungewöhnliche Kooperation. Jürgen Schupp sieht sie als Zeichen eines Kulturwandels, der oft mit dem Schlagwort *Citizen Science* benannt wird. „Die Wissenschaft begibt sich aus ihrem Elfenbeinturm heraus und arbeitet mit der Bürgergesellschaft auf Augenhöhe zusammen.“

Wissenschaftliche Standards werden dabei strikt eingehalten: Das Forschungsteam erhält von dem Verein keine Bezahlung und arbeitet an seinen Forschungsintuitionen unabhängig.

Im Pilotprojekt soll erfasst werden, ob und wie viel die Studienteilnehmer arbeiten gehen, ob sie sich weiterbilden oder selbstständig machen. Es geht auch um den Alltag: Sehen die Menschen fern, lesen sie Bücher, gehen sie auf Partys? Und schließlich auch darum, wie es ihnen geht – sind sie mit ihrem Leben zufrieden? Machen sie sich Sorgen über die Zukunft? „Das sind klassische Fragen, die auch in anderen Studien über viele Jahre gestellt werden“, sagt Jürgen Schupp. Zum Beispiel im Sozio-ökonomischen Panel, kurz SOEP, das der Soziologe seit mehreren Jahrzehnten mitgestaltet und auch in den Jahren 2011 bis 2017 als dessen Direktor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) leitete. Aus dem SOEP weiß man, welche Veränderungen über drei Jahre typisch sind und welche eher aus der Reihe fallen. Außerdem lässt es erste Vermutungen aufstellen: Gefragt, was sie mit einem plötzlichen Geldgeschenk in Höhe von 10 000 Euro machen würden, sagt im SOEP nur eine Minderheit, dass sie den Betrag gleich ausgeben würde, die meisten würden ihn zur Seite legen. Wenn

sich das in der Feldstudie bestätigt, hieße das, dass ein Grundeinkommen als Konjunkturmaßnahme wenig taugt. Es könnte dennoch wichtige Effekte entfalten: „Wichtiger als das Geld selbst ist möglicherweise das Sicherheitsgefühl, das es vermittelt“, sagt Jürgen Schupp.

Einsolches Sicherheitsgefühl ist ein zentrales Argument für den Verein Mein Grundeinkommen. Der Verein verlost schon seit Jahren einjährige, spendenfinanzierte Grundeinkommen und hat viele Berichte gesammelt: von Menschen, die sorgenfreier leben, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen und deren Gesundheit robuster wird. Für den Sozialwissenschaftler Jürgen Schupp haben die Berichte zwar nur anekdotische Evidenz, bilden aber eine plausible Grundlage für Hypothesen: „Die Sorge vor sozialem Abstieg kann die Gesundheit beeinträchtigen. Und Risiko muss man sich leisten können.“

Läuft es nach Plan, wird das Pilotprojekt in drei Jahren viele Thesen bestätigen oder widerlegen können. Mit etwas Glück kann man jedoch schon vorher an sich selbst herausfinden, wie ein bedingungsloses Grundeinkommen das Leben verändert: Bis zum 10. November kann man sich für die Studienteilnahme bewerben.

— pilotprojekt-grundeinkommen.de



Demonstration für ein bedingungsloses Grundeinkommen nahe des Berliner Alexanderplatzes am 19. September. Im Rahmen des internationalen „Basic Income March“ gingen an diesem Tag weltweit Menschen für eine solche Grundsicherung auf die Straße.

Foto: picture alliance/apa, Christoph Seebler

Berlin und Oxford gründen Centre for Advanced Studies

Die Berlin University Alliance und die University of Oxford richten ein *Centre for Advanced Studies* ein. Es fördert Kooperationsgruppen, bei denen bis zu zehn Fellows aus Oxford und Berlin zusammenarbeiten. Sie sollen zu Themen der *Grand Challenge Initiatives* der Berlin University Alliance forschen. In den *Grand Challenge Initiatives* werden besonders relevante globale Herausforderungen, wie aktuell *Global Health* und *Social Cohesion*, untersucht. Das Zentrum wird im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern durch die Berlin University Alliance gefördert. Es verbessert die Rahmenbedingungen, um Projekte der Oxford/Berlin-Wissenschaftskooperation organisatorisch flexibler auszugestalten und den fachlichen Austausch ländübergreifend zu stärken. BUA

Freie Universität erneut Ideenschmiede Berlin

Die Freie Universität hat im Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg zum 8. Mal den Titel der „Ideenschmiede Berlin“ für ihre besonderen Erfolge bei der Unterstützung für Gründerinnen und Gründer erhalten. Der Präsident der Freien Universität, Professor Günter M. Ziegler, der die Auszeichnung entgegennahm, betonte, das Angebot von *Entrepreneurship Education* habe an der Freien Universität große Bedeutung und stehe schon Studienanfängerinnen und -anfänger offen. Das umfassende Angebot für Start-ups der Hochschule prägte seit Jahren die erfolgreiche Gründungsförderung *Profund Innovation* in der Abteilung Forschung. Hinzu kämen ein Digital Entrepreneurship Hub und eine Startup Villa. In Zukunft werde auch das zurzeit errichtete Technologie- und Gründungszentrum FUBIC wichtige Impulse geben. Über wichtige Netzwerke für Ausgründungen verfüge die Hochschule auch im Rahmen der Berlin University Alliance, dem in der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder ausgezeichneten Exzellenzverbund mit Humboldt-Universität zu Berlin, Charité-Universitätsmedizin Berlin und Technischer Universität Berlin. cwe

Gastprofessor Andreas Tretner im Livestream

Die Antrittsvorlesung von Andreas Tretner, im Wintersemester August-Wilhelm-von-Schlegel-Gastprofessor für Poetik der Übersetzung, wird per Livestream am 29. Oktober um 19.30 Uhr aus dem Tschechischen Zentrum Berlin übertragen. Aktuelle Informationen unter www.uebersetzerfonds.de mha

Souveräner Umgang mit Gesundheitsdaten

Die Voraussetzungen für einen verantwortungsvollen und reflektierten Umgang mit Gesundheitsdaten stehen im Zentrum eines neuen Forschungsprojekts, das von Informatikerinnen und Informatikern der Freien Universität koordiniert wird. Ziel des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsvorhabens „WerteRadar – Gesundheitsdaten souverän spenden“ ist es, eine integrative und interaktive Software zur reflektierten Weitergabe von Gesundheitsdaten zu konzipieren, zu evaluieren und umzusetzen. Gefördert wird WerteRadar vom BMBF mit rund 480 000 Euro, die Laufzeit beträgt drei Jahre. acs

Weltliteraturen und Comics im Offenen Hörsaal

Auch in diesem Winter können Interessierte – mit oder ohne Studierendenausweis – öffentliche Vorlesungen an der Freien Universität verfolgen. Zum Programm des sogenannten Offenen Hörsaals gehören im kommenden Wintersemester zwei Vortragsreihen: In „Berliner Weltliteraturen“ (ab 3. November, 18.15 Uhr) geht es um die literarischen Beziehungen in Ost und West nach dem Mauerbau. In „Comic – Kunst – Körper“ (ab 12. November, 16.15 Uhr) stehen gezeichnete Geschichten und Vorstellungswelten im Mittelpunkt. Die Vorlesungen finden an der Freien Universität vor einem kleinen Publikum statt – um Anmeldung wird gebeten: www.fu-berlin.de/offenerhoersaal. Die Vorlesungen werden auch aufgezeichnet und gestreamt. Rr

Erfolg für Ausgründung Nia Health und Kooperation mit der DAK

Der Berliner Medizinproduktehersteller *Nia Health*, eine Ausgründung der Charité – Universitätsmedizin Berlin und der Freien Universität, kooperiert mit der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK). Die von den Gründerinnen und Gründern entwickelte Neurodermitis App *Nia* (Risikoklasse I) steht seit Anfang Juli DAK-Kundinnen und -Kunden kostenfrei zur Verfügung. Neurodermitis-Patientinnen und -Patienten können mit der App ihren Gesundheitsverlauf dokumentieren, einen Bericht für den Arztbesuch erstellen und klinisch validierte Tipps zum Umgang mit der Erkrankung erhalten. Die Kooperation mit der Krankenkasse ist zunächst auf eine Pilotphase von sechs Monaten ausgelegt.

Am Dienstag wurde *Nia Health* mit dem mit 4000 Euro dotierten Gründerpreis der Berliner Sparkasse ausgezeichnet. pf/kuk

Die richtige Balance

Wie krisenfest ist der deutsche Sozialstaat? Finanzwissenschaftler Ronnie Schöb zieht Bilanz mit Blick auf die Corona-Pandemie

Innerhalb von nur sechs Wochen 20 Millionen Arbeitslose: In den USA hat die Corona-Krise auch zahlreichen Menschen, die sich nicht am Virus angesteckt haben, die Lebensgrundlage entzogen. Die Pandemie hat die Wirtschaft weltweit erschüttert, doch die Auswirkungen sind unterschiedlich: In den USA geht hohe Arbeitslosigkeit meist mit dem Verlust von Krankenversicherung und manchmal sogar der Wohnung oder dem Haus einher. Für viele amerikanische Ar-

beitslosenquote in Deutschland nicht so schnell hat ansteigen lassen wie in den USA. Außerdem habe Deutschlands System der gesetzlichen Krankenkassen die Teststrategie gegen das Virus erleichtert. Die bisher erfolgreiche Krisenbewältigung ist aber Ronnie Schöb zufolge nur möglich gewesen, weil Deutschland finanziell gut aufgestellt war. Um auch auf zukünftige Krisen vorbereitet zu bleiben, sei Disziplin notwendig: Die Sondermaßnahmen zur Krisenbewältigung müssten nach der Krise wieder zurückgenommen werden, auch wenn das politisch un-

bequem sei. „Wir müssen uns von der Idee eines Vollversicherungsstaates verabschieden, der sich um alle Lebensbereiche umfassend kümmert, und auch von dem in den letzten Jahren ausufernden Klein-Klein der Sozialpolitik“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler. Um das in zwischen in die Jahre gekommene deutsche System zukunftsfest zu machen, auch angesichts einer alternden Gesellschaft, müsse sich der Sozialstaat zukünftig wieder stärker auf seine Kernaufgabe konzentrieren: die Existenzsicherung seiner Bürgerinnen und Bürger.

der deutschen Staatsziele, denen gemeinsam mit der Menschenwürde durch die „Ewigkeitsklausel“ ein besonderer Status eingeräumt wird. „Einen guten Sozialstaat macht aus, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sicher fühlen, dass sie für sich selbst und ihre Angehörigen sorgen und ein menschenwürdiges Leben führen können“, sagt Ronnie Schöb. Dieser Fokus auf die Eigeninitiative bedeutet, dass die Instrumente des Sozialstaats vielfältig sind: von der Regulierung des Arbeitsmarktes über die Bildung bis hin zur Gesundheitspolitik, die in diesen Zeiten besonders viel Aufmerksamkeit erhält.

Sie sollen ermöglichen, dass die Menschen ihre Fähigkeiten entwickeln können und die Chance erhalten, sie einzusetzen. „Das gelingt allerdings nicht allen, da auch viel Glück dazugehört. Für diejenigen, die kein Glück haben, muss der Sozialstaat Sorge tragen“, sagt Ronnie Schöb. Eine tödliche Pandemie bedeutet besonders viel Pech. Das Virus hat den Welthandel ins Stocken gebracht, Einkommenseinbußen haben gleichzeitig die Konjunktur geschwächt. „Da ist sehr viel zusammengekommen“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler. Anders als die Finanzkrise von 2007, die in erster Linie eine Vertrauenskrise gewesen sei, ließen sich die Ursachen der aktuellen Krise nicht politisch bekämpfen.

Auch wenn man daher die Erfahrungen nicht einfach übertragen könne, habe sich ein Instrument der Bewältigung der vorherigen Krise nun erneut als nützlich erwiesen: Das Kurzarbeitergeld, das die



Foto: picture alliance / ZB, Thomas Emswiler

Bundesdeutsches Staatsziel. Was soll der Sozialstaat leisten? Die Kindergrundsicherung ist ein Vorschlag, sie würde Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern absichern. JONAS HUGGINS

Das Sozialstaats-Dilemma: Balance finden zwischen Arbeitsanreiz und Fürsorge

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die Krise existenzbedrohend. In Deutschland dagegen ist die Arbeitslosenquote nur geringfügig gestiegen, und wer arbeitslos wird, wird auf jeden Fall finanziell aufgefangen.

„Der deutsche Sozialstaat hat sich in der Corona-Krise bewährt“, sagt Ronnie Schöb. Der Professor für Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin forscht unter anderem zur Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. In seinem kürzlich veröffentlichten Buch „Der starke Sozialstaat“, das sich an eine breite Öffentlichkeit richtet, unternimmt er eine Bestandsaufnahme des deutschen Sozialstaats.

Sozialstaat bedeutet mehr als nur Hartz IV. Laut Grundgesetz ist er eines